

„Weiter denken!“

Bildung ist seit Jahren unterfinanziert. Aktuelle OECD-Studien zeigen den Nachholbedarf für die Bundesrepublik Deutschland. Das GEW-Steuerkonzept weist den Weg aus dieser Sackgasse

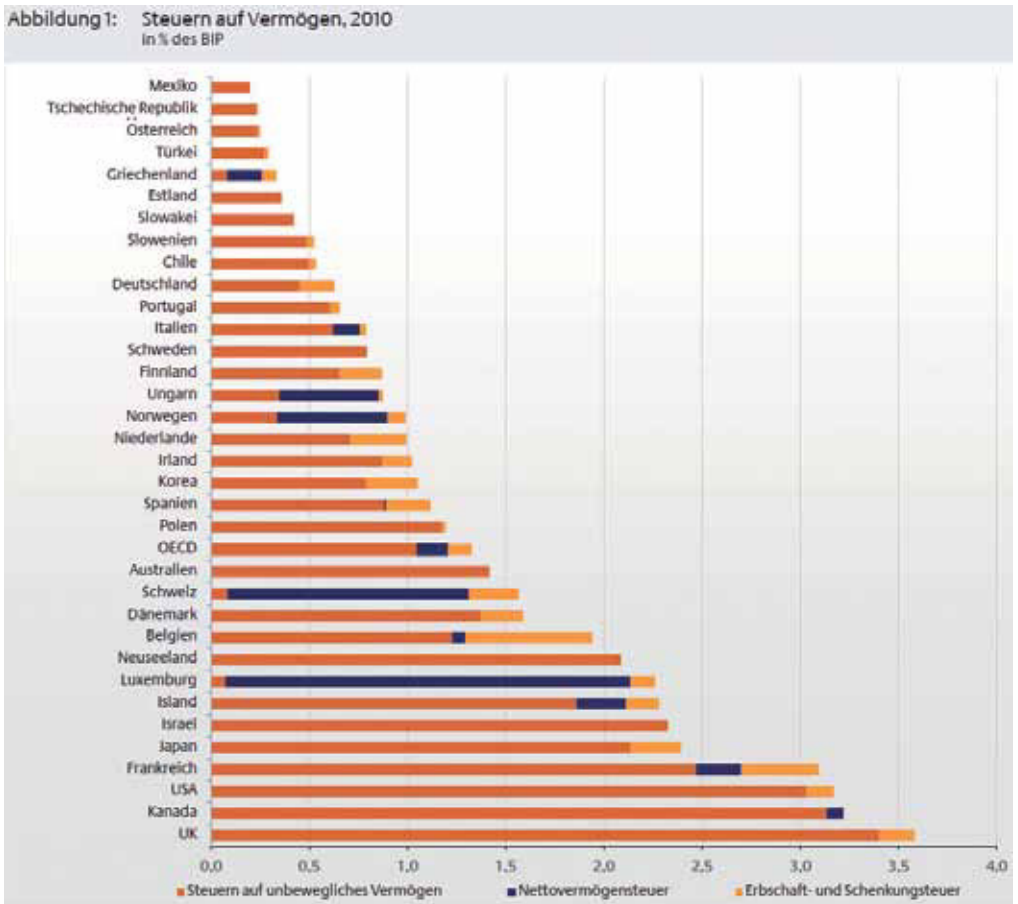
Die hohen Anforderungen an die pädagogische Arbeit heute und in Zukunft sind offensichtlich: Das Bildungswesen soll u.a. inklusiv sein, es soll eine breite Allgemeinbildung garantieren, auf die technologischen

Zukunftsentwicklungen vorbereiten und der sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken. Diese Anforderungen werden von der Gesellschaft – insbesondere von Eltern und Arbeitgebern – an die Bildungs-

einrichtungen herangetragen und mit einer entsprechenden Erwartungshaltung versehen. Das Bildungswesen ist demgegenüber personell und materiell viel zu schlecht ausgestattet, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

In politischen Sonntagsreden wird gebetsmühlenartig die besondere Bedeutung eines qualitativ hochwertigen Bildungswesens für die Gesellschaft, für die wirtschaftliche Entwicklung sowie für den einzelnen Menschen betont. Zwischen den Sonntagsreden und der gesellschaftlichen Wirklichkeit klafft jedoch eine große Lücke.

Quelle: OECD (2012)



Zur Erinnerung: Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, ohnehin immer niedrig in Deutschland, wurde 1996 seitens des Bundesverfassungsgerichts untersagt, weil in dem damaligen Entwurf Immobilien mit einem anderen Steuersatz belegt wurden als Geldvermögen. Seitdem streitet man sich, wie man das Gesetz verfassungskonform gestaltet. Ein Schelm der Böses dabei denkt, dass dies so lange dauert

Die aktuelle OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ zeigt – wie jedes Jahr –, dass Deutschland bei der Finanzierung des Bildungswesens weiterhin starken Nachholbedarf hat. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland 0,6 Prozentpunkte unter dem OECD-Durchschnitt von 4,8 Prozent des BIP der öffentlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen. Fast alle nationalen und internationalen Vergleichsstudien stellen dem deutschen Bildungswesen ein miserables Zeugnis aus. So hat sich beispielsweise der Rückstand, den Deutschland in zahlreichen Bildungsindikatoren gegenüber anderen OECD-Staaten hat, in den vergangenen Jahren zum Teil sogar noch erhöht.

Die bestehende chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens hat zur Folge, dass qualitativ und quantitativ unzureichende Bildungsangebote vorherrschen, die den Erwartungen der Bildungsteilnehmer_innen und ihrem Recht auf gute Bildung nicht entsprechen. Dies ist auch eine Ursache für unzureichende Arbeitsbedingungen, lange Arbeitszeiten, nicht aufgabenadäquate Bezahlung sowie für prekäre und befristete Beschäftigungsverhältnisse in den Hochschulen und in der Weiterbildung.

Die seit Jahrzehnten andauernde Unterfinanzierung der Bildung hat Konsequenzen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben in all den Jahren verlässlich und gut ihre Arbeit gemacht. Lob und Anerkennung gab es dafür aus den Reihen der Politik nur vereinzelt. Spürbare Lohn- und Gehaltsverbesserungen blieben aus. Stattdessen wurden die Beschäftigten in den letzten Jahren geradezu übersättigt mit weitreichenden Veränderungen. Regelmäßig sind diese „Reformen“ begleitet von zusätzlichen Ansprüchen und Qualitätsanforderungen, ohne dass die dafür notwendigen Voraussetzungen



Foto: hlz

Kaufkraft für das obere Einkommenssegment ist reichlich vorhanden

wie die Einstellung weiterer Kolleginnen und Kollegen und die gründliche Vorbereitung der im Dienst Befindlichen geschaffen würden. Die Verdichtung der Arbeit hat enorm zugenommen.

Kurz: Der Widerspruch von Erwartungen und Ausstattung schlägt sich nieder in einem erhöhten Arbeitsdruck für die Pädagoginnen und Pädagogen.

Die GEW als Bildungsgewerkschaft hat die elementare Aufgabe, in diesem Spannungs-

*Lehrende und Lernende
brauchen mehr Zeit und
Raum für gutes Lernen
und gute Bildung*

feld den Schutz der Kolleginnen und Kollegen zu gewährleisten und den Kampf für eine bessere Ausstattung zu organisieren. Darüber hinaus verfolgt die GEW eigenständige bildungspolitische Ziele, die zum Teil mit den Erwartungen der Gesellschaft übereinstimmen – wie Inklusion, Chancengleichheit und breite Allgemeinbildung –, zum Teil aber auch darüber hinaus gehen und nur den Erwartungen eines Teils der Gesellschaft entsprechen – wie „Eine Schule für

Alle“.

Das Verhältnis von bildungspolitischen Zielen, Arbeitsschutz und materieller Interessenvertretung war in der Geschichte der GEW immer wieder Gegenstand von Debatten um die jeweiligen praktisch-politischen Akzentsetzungen, und verschiedene Teile der Mitgliedschaft und der Funktionär_innen haben die Akzente immer unterschiedlich gesetzt. Dies ist zunächst kein Nachteil, macht es doch die inhaltliche Vielfalt und Attraktivität der GEW als Bildungsgewerkschaft aus.

Jedoch in einer Situation, in der die öffentlich propagierten Bildungsziele einerseits und die personelle und materielle Ausstattung andererseits in immer stärkeren Widerspruch zueinander geraten und damit der zeitliche und psychische Arbeitsdruck bei den Beschäftigten steigt, bedarf es einer innerorganisatorischen Verständigung über eine gemeinsame Strategie, die den Belangen der verschiedenen Ansätze gerecht wird.

So wird z.B. einerseits die praktisch ohne materielle Aufstockung forcierte Einführung der Inklusion heftig kritisiert, während die GEW andererseits dieses Projekt als pädagogischen

und gesellschaftlichen Fortschritt zu Recht begrüßt. Eine Aufhebung dieses Widerspruchs fängt mit dem wohlwollenden Zuhören an, wenn die Kolleg_innen von ihren meist problematischen Erfahrungen berichten und findet erst im gemeinsamen Kampf für Verbesserungen seine Auflösung.

Wird diese Debatte nicht geführt, sehen sich viele unter steigendem Erwartungs- und Arbeitsdruck stehende Beschäftigte als mangelhaft vertreten, bis hin zu der Wahrnehmung, dass bei der teilweisen Überschneidung von Erwartungen der Gesellschaft und Forderungen der GEW diese als von der Gewerkschaft zumindest tolerierte Überforderung wahrgenommen werden.

Klar ist: Lehrende und Lernende brauchen mehr Zeit und Raum für gutes Lernen und gute Bildung. Deshalb braucht es eine Offensive für den quantitativen und qualitativen Ausbau des gesamten Bildungswesens.

Aber: Die GEW macht sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene ständig die Erfahrung, dass die Arbeitgeberseite an entscheidender Stelle auf die „leeren Kassen“ und auf die „Schuldenbremse“ verweist. Wir laufen mit unseren grundsätzlichen Forderungen nach einer besseren Ausstattung der Bildungseinrichtungen, nach besserer Bezahlung, geringeren Arbeitszeiten und nach besseren Arbeitsbedingungen immer gegen die gleiche Blockadehaltung der Politik. Die Antwort der Politik lautet regelmäßig: Kein Geld. Leere Kassen. Die Schuldenbremse. Die „Schwarze Null“. Wir holen uns ständig „blutige Nasen“.

Zur Bundestagswahl 2013 gab es laut Umfragen eine gesellschaftliche Stimmung für eine Steuerpolitik, die der GEW-Beschlusslage nahe war. Obwohl im neuen Bundestag rechnerisch eine Mehrheit für eine dement-

sprechende Politik vorhanden war, wurde die Große Koalition beschlossen. Von Beginn an wurden Steuererhöhungen zum Tabu erklärt.

Die Kampagne „UmFairTeilen“ war nicht erfolgreich. Es ist ihr nicht gelungen, ausreichend politischen Druck zu erzeugen, um eine andere Steuerpolitik durchzusetzen.

Die schwarze Null und die Schuldenbremse sind weiterhin Leitlinien der Politik fast aller Parteien und sind in der Gesellschaft weitgehend anerkannt,

*Die als alternativlos
dargestellte Fiskalpolitik
erschwert es
selbst engagierten
Landespolitiker_innen,
Argumente für eine
bessere Ausstattung der
Bildung zu so bündeln,
dass sie von der Logik
der Schuldenbremse nicht
eingeholt werden*

auch weil es in der öffentlichen Berichterstattung keine Alternative gibt. Die als alternativlos dargestellte Fiskalpolitik erschwert es selbst engagierten Landespolitiker_innen, Argumente für eine bessere Ausstattung der Bildung zu so bündeln, dass sie von der Logik der Schuldenbremse nicht eingeholt werden.

Der einzige Weg, der uns in dieser Situation bleibt, ist, die Politiker_innen aller Parteien durch die Bevölkerung so unter Druck zu setzen, dass sie gar

nicht anders können, als mehr Geld in Bildung zu investieren.

Die Gesellschaft hat aus ganz unterschiedlichen Gründen ein grundsätzliches Interesse, dass es von der KiTa bis zum Weiterbildungsbereich gute Bildung gibt. An diesem Interesse ist anzusetzen. Wir müssen die Mitte der Gesellschaft erreichen und sie überzeugen, dass sie sich für eine bessere Ausstattung der Bildungseinrichtungen einsetzt. Dazu gehören auch bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Bildungsbereich.

Mit unseren Aktivitäten wollen wir gesellschaftliche Bündnisse initiieren, die die Forderung nach einer angemessenen finanziellen Ausstattung von Bildung gegenüber den politischen Entscheidungsträger_innen im Bund und in Hamburg wirkungsvoll vertreten.

Diese Vorgehensweise hat in den letzten Jahren bereits zu ersten Erfolgen geführt. Auf Bundesebene sind zu erwähnen: Das 4-Mrd.-Programm zum Krippenausbau wie auch die Teilaufhebung des Kooperationsverbotes für den Hochschulbereich.

Auch im Land Hamburg haben wir Erfolge zu verzeichnen: Die Initiative „Guter Ganztag für Hamburgs Kinder“ hat es geschafft, auch mit Unterstützung der GEW, einen verbesserten Betreuungsschlüssel an allen Grundschulen sowie eine Erhöhung des Personalschlüssels an den Stadtteilschulen um 10 Prozent durchzusetzen. Dafür hat die Bürgerschaft im Juli im Rahmen des Pakets „Guter Ganztag“ schrittweise bis zu 17 Millionen Euro pro Jahr für mehr Personal

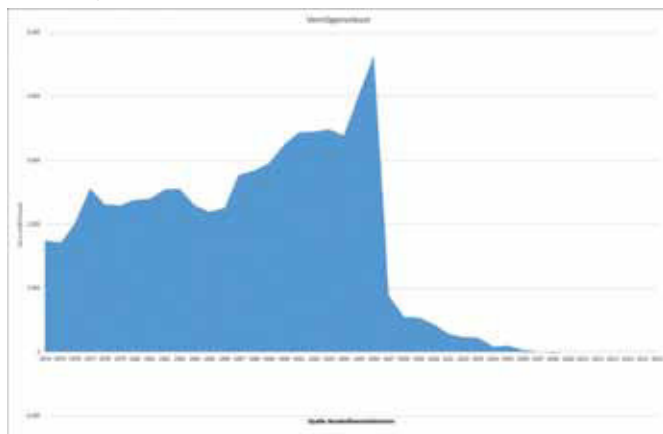
Der Finanzminister kann sich gerne beraten lassen

		in Mrd. Euro
	Vermögensteuer	20,0
	Erbschaftsteuern	6,0
Summe	Vermögensbesteuerung	26,0

Mehreinnahmen durch das Steuerkonzept der GEW

Quelle: www.gew.de

Vermögenssteueraufkommen von 1974 bis 2015



Graphik: hz

Vermögenssteuer 1996 so gut wie abgeschafft. Man wartet seitdem auf eine grundgesetzkompatible Fassung

bewilligt sowie zusätzliche 25 Millionen Euro für bessere Kantinen und Möbel.

Ebenso zu nennen ist das Hamburger Bündnis für schulische Inklusion, das zwar noch keine konkreten monetären oder personellen Erfolge feiern konnte, das Thema aber in der Stadt wach hält; wie auch vor einigen Jahren im Hochschulbereich die Kampagne „Mehr Wissen schafft mehr!“ die Kürzungen im Millionenbereich verhindern konnte. An der haben wir ebenfalls fleißig mitgewirkt. Ein weiteres Beispiel guter Bündnisarbeit ist das „Kita-Netzwerk Hamburg für mehr Personal in der Kinderbetreuung“.

Die chronische Unterfinanzierung der Bildung muss schrittweise überwunden werden, damit die gestiegenen gesellschaftlichen Erwartungen an alle Bereiche der Bildung nicht länger in einen immer größeren Widerspruch zu den Leistungsmöglichkeiten der Bildungseinrichtungen geraten. Nur so kann vermieden werden, dass die im Bildungsbereich Beschäftigten nicht noch stärker unter Leistungsdruck geraten.

Zugleich weisen wir trotz vorhandener Einzellösungen und Einzelerfolgen darauf hin, dass eine grundsätzliche Steu-

erreform, eine Abkehr von der Austeritätspolitik und die Beendigung des Umverteilens von Unten nach Oben unverzichtbar sind, um im Sinne eines demokratischen Sozialstaates die chronische Unterfinanzierung der Bildung zu überwinden.

Wir sagen: Bessere Bildung in Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Berufsbildung, Hochschule und Weiterbildung sowie die Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen in allen Bildungseinrichtungen können nur erreicht werden, wenn Bund und Länder erheblich mehr Geld für Bildung aufwenden. Aktuelle Herausforderungen wie z.B. die Inklusion, der Ganztag, die Integration der geflüchteten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen und die Sanierung maroder Bildungseinrichtungen sind ohne eine Erhöhung der Bildungsausgaben nicht angemessen zu bewältigen.

Wenn Politik behauptet, es sei nicht genug Geld für Bildung da, widersprechen wir. Ein resigniertes Denken, das mehr Geld in der Bildung für eine aussichtslose Sache hält, teilen wir nicht. Die GEW macht nicht nur Vorschläge, was sie unter guter Bildung versteht. Wir zeigen auch Wege auf, wie sich die zusätzlich notwendigen Investitionen finanze-

ren lassen. Wir haben errechnet, wie mehr Geld in die Kassen des Bundes- und der Landeshaushalte fließen kann. Etwa über eine Reform der Erbschaftsteuer. Eine Steuer, die den Ländern und damit der Bildungsfinanzierung direkt zugutekommen kann. Und wenn das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung endlich fällt, könnte der Bund die Länder dauerhaft in der Bildungspolitik unterstützen. Wir fordern einen effektiveren Steuervollzug, denn durch mehr Personal, eine verstärkte Kontrolle der Steuereinnahmen und eine höhere Effizienz der Finanzbehörden könnten jährlich zwischen zwölf und 30 Milliarden Euro eingenommen werden. Ebenfalls fordern wir die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, das heißt die Erhebung einer Steuer auf alle Transaktionen mit „Financial assets“, von Spot- und Derivatstransaktionen, den Handel an Börsen und den bilateralen Handel. Bei einem Steuersatz von z.B. nur 0,1 Prozent könnten in Deutschland Einnahmen in Höhe von rund 37,5 Milliarden Euro erzielt werden. Dafür will die GEW kämpfen. Denn: Es ist höchste Zeit zu handeln! Dafür suchen wir als Bildungsgewerkschaft nach Bündnispartnern, die bereit sind, für das Ziel „mehr Geld für bessere Bildung“ Tat- und Argumentationskraft aufzubringen. Schlechte Arbeitsbedingungen, zu lange und unbezahlte Mehrarbeit, Einkommen, die nicht aufgabenadäquat sind sowie prekäre und befristete Beschäftigungsverhältnisse wollen wir in gute Arbeit umwandeln. Weil wir uns gute Bildung und gute Arbeit leisten wollen und müssen.

FREDRIK DEHNERDT,
LARS BUCHMANN,
FLORIAN SCHUBERT,
BARBARA GEIER

für die Referate B Bildungspolitik
und C Bildungsfinanzierung